

Die gesellschaftliche Verantwortung der Kirche

Vortrag vor der Dekanatssynode Bad Schwalbach

8. Oktober 2005

in

Taunusstein-Bleidenstadt

von

Pfr. Dr. Thomas Posern

**Zentrum Gesellschaftliche Verantwortung der
Evangelischen Kirche in Hessen und Nassau**

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Schwestern und Brüder,

zunächst einmal möchte ich mich sehr herzlich für die Einladung zu Ihrer Dekanatsynode bedanken. Vielleicht gilt das ja zu allen Zeiten, aber ich habe den Eindruck: Es ist gerade jetzt dringend notwendig und sehr lohnend, dass wir als Kirche in der Gesellschaft unsere Verantwortung bewusst wahrnehmen und gestalten und es ist gut, dass auch Sie das hier im Dekanat Bad Schwalbach tun. Sie nehmen Ihre Verantwortung schon längst bewusst wahr mit Ihren Kindertagesstätten und Diakoniestationen, mit Hospizarbeit und Begleitung psychisch kranker Menschen, mit dem Projekt der Erholungsreisen für Kinder aus Tschernobyl, der Arbeit in Rumänien, wie wir eben so eindrucksvoll gehört haben u.v.a., was ich jetzt nicht hier aufzählen kann und was Sie aus eigener Erfahrung besser kennen. Sie nehmen Verantwortung wahr und wir alle wissen zugleich sehr wohl, dass wir auch dann gesellschaftliche Signale senden, wenn wir Verantwortung **nicht** gestalten und so tun, als könnten wir uns auf ein vermeintlich Eigenes jenseits gesellschaftlicher Strukturen zurückziehen.

„Auf dem Weg der Gerechtigkeit ist Leben; aber böser Weg führt zum Tode“ (Sprüche 12,28). Gerechtigkeit und Freiheit sind die zentralen biblischen Leitbilder für das Zusammenleben von Menschen in einer Gesellschaft. Die Erfahrung der Befreiung aus der Sklaverei, aus fremdbestimmter Zwangsarbeit, deren Früchte andere ernten, verwandelt sich in Arbeit unter den Bedingungen der Freiheit. Die Erfahrung der Befreiung durch einen Gott, Jahwe, der mit diesem befreienden Handeln identifiziert wird, führt zu der Verpflichtung, Freiheit für alle, für das ganze Volk auf Dauer zu stellen. Das ist die geschichtliche Gotteserfahrung Israels, wie sie uns im 2. Buch Mose („Exodus“) geschildert wird. **Recht und Gerechtigkeit erweisen sich als die Form, in der Freiheit langfristig bewahrt werden kann.** Darauf zielen die Sozialgesetze der Tora (s. v.a. 5. Buch Mose, „Deuteronomium“) und soziale Gerechtigkeit fordert die prophetische Kritik immer wieder ein. Jesus selbst stellt sich in sozialethischer Hinsicht in diese Tradition der Befreiung aus jeglicher Sklaverei, für eine gewaltlose und subversive Veränderung der Herrschaftsverhältnisse im Dienste der Gerechtigkeit Gottes.

Damit Sie wissen, was Sie in dieser knappen dreiviertel Stunde am Samstagmorgen erwartet, will ich Ihnen kurz die weitere Gliederung meines Vortrages vorstellen, der allenfalls auf ein paar Hügel führen kann, von denen aus man das Feld gesellschaftlicher Verantwortung besser überschauen kann – wir werden dieses Feld heute morgen mit Sicherheit nicht durchmessen. Praktischer Weise, so haben wir es im Vorfeld verabredet, werden auch die folgenden Arbeitsgruppen sich jeweils mit diesen Themenbereichen beschäftigen. Also die Gliederung:

Ich beginne **1.** mit einigen Hinweisen auf die **biblische Verankerung** der Thematik. **2.** werden wir einen Blick werfen auf die **Präsenz in Konflikten**, durch die wir in Kirche und Diakonie gesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen um dann **3.** ein uns zurzeit besonders wichtig scheinendes Thema vorzustellen, nämlich das der **Verantwortung von Reichtum in dem und für den Sozialstaat**. Schließlich gilt es **4.** noch zu überlegen, was das alles denn für **Kirche in der Region** heißen kann, also für den unmittelbaren Verantwortungsbereich Ihrer Synode. Sie merken schon, wir müssen uns sputen, also

1. Die Verheißung des Reiches Gottes und der Beruf der Christen

Paulus schreibt den Römern „*Das Reich Gottes ist nicht Essen und Trinken, sondern Gerechtigkeit und Friede und Freude in dem Heiligen Geist*“ (Römer 14,17). In der Auseinandersetzung um die Geltung jüdischer Reinheitsgebote erinnert Paulus daran, worauf es in einer Gemeinde in der Nachfolge Christi wirklich ankommt: Auf Gerechtigkeit, auf Frieden und auf die Freude in einer von Gottes Geist durchwirkten Gemeinschaft. Es geht den biblischen Schriften nicht darum, Genuss oder Reichtum schlecht zu machen. Im Gegenteil: Reichtum gilt durchaus auch als Segen Gottes. Paulus reiht sich mit seiner Rede vom Reich Gottes in die Verheißungsgeschichte der Bibel ein. Er ruft uns damit in das Vertrauen auf die Verheißung Gottes hinein, die allen gilt: Ein Leben in Würde, in Freiheit, in Gerechtigkeit und Frieden, vor Gott und mit den Menschen in seiner Schöpfung.

In den Strom dieser Verheißung stellt Jesus sich in seiner sogenannten Antrittspredigt, die Lukas im 4. Kap. seines Evangeliums darstellt.

17 Da wurde ihm (Jesus) das Buch des Propheten Jesaja gereicht. Und als er das Buch auf-tat, fand er die Stelle, wo geschrieben steht (Jesaja 61,1-2):

18 »Der Geist des Herrn ist auf mir, weil er mich gesalbt hat, zu verkündigen das Evangelium den Armen; er hat mich gesandt, zu predigen den Gefangenen, dass sie frei sein sollen, und den Blinden, dass sie sehen sollen, und den Zerschlagenen, dass sie frei und ledig sein sol-len,

19 zu verkündigen das Gnadenjahr des Herrn.« / das Sabbatjahr des Herrn!

Zur Zeit Jesu gehörte Palästina zum römischen Reich, die Geldwirtschaft war selbst-verständlich geworden, Kreditwesen, Verschuldung und Überschuldung hatten ihren Einzug gehalten und hielten die Armen in kaum vorstellbarer Abhängigkeit. Wenn es gewaltsame Aufstände gab, brannten als erstes die Archive, in denen die Schuldtitel aufbewahrt wurden. Hier mitten hinein begibt sich Jesus und erinnert nicht nur an die Tradition der Propheten, sondern dreht die Wahrnehmung und das Leben der Men-schen gewaltlos um: Heute geht dieses Wort in Erfüllung, heute bricht das Reich Gottes an, heute spürt ihr, dass jedes Leben zu seiner Würde kommt. Der Sabbat bricht an, der große Sabbat der Entschuldung, des Endes der unverschuldeten Knechtschaft. Wer das hört, der gibt davon weiter, wer aus dieser Botschaft lebt, gibt Leben weiter – das ist der „Beruf“ und die Berufung von Christinnen und Christen: Leben weitergeben im Namen Gottes.

Der Sabbat ist für den Menschen da – so wie wir heute sagen: Die Wirtschaft ist für den Menschen da und nicht umgekehrt, der Mensch bloß eine Funktion der ökonomischen Erfordernisse. Jede große Tradition kann erstarren, kann sich sogar gegen ihren Ursprungssinn wenden. Jesus ruft in die Freiheit, sich für das Leben einzusetzen. Nicht das Gesetz um des Gesetzes willen einzuhalten, nicht nachzuplappern, was andere vorschreiben, sondern sich selbst Gedanken darüber machen, was dem Leben dient und demgemäß handeln. Nur so kommt Jesus auch in die Häuser der Gesetzesbrecher, der Immobilienhaie, der korrupten Macher wie Zachäus einer ist. Und der entdeckt auf einmal, dass nur auf dem Weg der Gerechtigkeit Leben ist und gibt die Hälfte seines Reichtums den Armen, den von ihm direkt Übervorteilten will er gar mehr als das Geraubte zurückgeben.

Schließlich noch die Geschichte, die mir so wichtig ist, weil sie deutlich macht, dass gerade zu dieser Glaubenstradition Jesu von Nazareth nicht die Vorstellung gehört, dass einem die Tauben gebraten in den Mund flögen: Bei Johannes Kap. 5 wird von einem Kranken erzählt, der an einem Teich Namens Betesda seit vielen Jahren auf Heilung wartet; Sie kennen die Geschichte, es geht darum, dass die Kranken das Wasser, dem Heilungswirkung zugeschrieben wird, immer dann erreichen müssen,

wenn es sich bewegt. Der Kranke klagt darüber, dass er niemanden hat, der ihm dabei hilft, das rettende Wasser zu erreichen. Jesus aber spricht ihn auf seine eigenen Kräfte hin an, auf seinen Willen, auf sein Vertrauen in das Leben, sein Vertrauen in Gott: „Steh auf, nimm dein Bett und geh!“ Und der Mensch wird gesund und nimmt sein Bett und geht – am Sabbat. Auch das ist unser Beruf in der Nachfolge Jesu: Aufstehen, nicht aufgeben, uns selbst nicht und die anderen nicht, auch wenn man uns sagt: „Es gibt keine Alternative“ – es gibt immer Alternativen, die dem Leben dienen!

2. In Konflikten präsent sein – die gesellschaftliche Verantwortung der Kirche

Wir haben, wie wir eben gesehen haben, Verantwortung für uns selbst und für andere, ja für das Ganze. In beidem haben wir Zeugnis davon abzulegen, was die Welt im Innersten zusammenhält. Das Evangelium befähigt und verpflichtet uns dazu. Deshalb ist gesellschaftliche Verantwortung in der Kirche auch nie etwas Zusätzliches, was sozusagen noch nach der Verkündigung des Evangeliums hinzukäme. Nein, jeder der traditionellen Arbeitszweige von Verkündigung, Seelsorge und Bildung trägt in je eigener Weise mit an dieser Verantwortung. Wenn wir nicht wüssten, wie die Menschen leben, wenn wir nicht wüssten, wie sie arbeiten, wenn wir nicht wüssten, wie sie unter Arbeitslosigkeit und Existenzangst leiden, dann würde Verkündigung, Seelsorge und Bildungsauftrag schnell leer und hohl.

Deshalb ist es so, dass nicht nur der und die Einzelnen gesellschaftliche Verantwortung in ihrem je eigenen Bereich ausüben, angefangen bei der Kindererziehung über die verschiedensten Einrichtungen der Gemeinde bis hin zur Begleitung alter oder Kranker Menschen. Deshalb ist es nicht nur so, dass wir in unseren Berufen, in unserer Erwerbsarbeit in vielerlei Hinsicht Verantwortung wahrnehmen müssen und das auch tun. Die Aufgabe und die Reichweite steigt dabei an mit der Größe des Arbeitsfeldes und der Machtbefugnis, die mit der jeweiligen Arbeit verbunden ist. Die Verantwortung einer Unternehmerin in einem größeren Betrieb z.B. ist umfassender als die des Pförtners, aber von gleichem Charakter.

Aber in all dem und darüber hinaus tragen wir **Mitverantwortung für die Strukturen, in denen wir leben und arbeiten**, in denen Verantwortung möglich wird und ist. Die Verantwortung der Person ist immer auch eingebunden in Strukturen, die unsere Entfaltungsmöglichkeiten beeinflussen.

Daher tragen wir als Kirche diese Mitverantwortung auf mehreren Ebenen:

- Durch die „Schärfung der Gewissen“ der Einzelnen in Verkündigung, Seelsorge, Bildung
- Durch Unterstützung, Begleitung und Lobbyarbeit für Menschen, die unter die Räder geraten sind oder zu geraten drohen
- Als öffentlich-rechtliche Körperschaft im Gegenüber zum demokratisch verfassten Staat
- Als **ein** (großer und wichtiger) Akteur in der Zivilgesellschaft unter anderen

Es gehört zu den wichtigsten Errungenschaften der deutschen Gesellschaft nach der Erfahrung von Krieg und Faschismus, den Sozialstaat zu entwickeln als ein Modell, dass die Effizienzvorteile der Marktwirtschaft nutzt, aber ihre Tendenz zur Monopolbildung, zur Auseinanderentwicklung von armen und reichen Bevölkerungsteilen und

der Dominierung der Politik durch demokratisch nicht legitimierte Zusammenballungen von Macht und Geld zu begrenzen. Der Sozialstaat kam und kommt dieser Aufgabe durch die verschiedenen Säulen der **Sozialversicherungen** sowie durch das Element der **betrieblichen Mitbestimmung** nach. Ich sage das so deutlich hier, weil der Sozialstaat einerseits **Sozialversicherungsstaat** ist, wie er unter Bismarck seit 1883 aufgebaut wurde und mit der Blümschen Pflegeversicherung – unter Opferung des Buß- und Bettages(!) – zu seiner jetzigen Ausprägung kam. Zugleich gehört zum Sozialstaat immer auch das Element der betrieblichen Mitbestimmung, wie es in den Montanbetrieben begonnen wurde und von da aus über das Betriebsverfassungsgesetz jedenfalls ansatzweise Einzug hielt in unser Wirtschaftssystem. Zum Sozialstaat gehören auch wirtschaftsdemokratische Elemente.

Der Verpflichtung zur Gestaltung des Sozialen kommt der Sozialstaat auch durch die Zuordnung der Elemente von Solidarität und Subsidiarität nach und zeigt damit zugleich, dass seine Wurzeln sowohl in der Arbeiterbewegung als auch in der evangelischen Sozialethik und der katholischen Soziallehre liegen. Die kleineren Einheiten – wie z.B. die Diakonie und ihre Träger – sollen erledigen können, was sie je an ihrem Ort besser können als es die größere staatliche Einheit könnte – das ist das **Prinzip der Subsidiarität**. Allerdings müssen sie dafür auch finanziell entsprechend ausgestattet sein oder werden; es geht nicht an, dass der Staat einfach Aufgaben an kleinere Einheiten delegiert und sagt „nun macht mall“, und gleichzeitig z.B. den Trägern im Bereich der Diakonie und der Wohlfahrt oder Initiativen vor Ort die Mittel zur Bewältigung dieser Aufgaben entzieht, wie wir es hier in Hessen erleben mussten.

Die im Wirtschaftssystem Schwächeren, weil nicht mit Eigentumstiteln an Kapital Ausgestatteten, sollen durch die Möglichkeit des Zusammenschlusses diesem Mangel an Teilhabe abhelfen können. Und schließlich soll das System insgesamt einschließlich des Steuersystems so gestaltet sein, dass diejenigen stärker belastet werden, die wirtschaftlich leistungsfähiger sind: Die stärkeren Schultern sollen mehr tragen als es den schwächeren zugemutet werden kann. Die beiden letztgenannten Faktoren erfüllen das **Prinzip der Solidarität** mit Leben.

Es haben viele Faktoren dazu beigetragen, dass diese ganze Systematik aus dem Lot zu geraten droht. Ich nenne das Stichwort „Globalisierung“, das als Schlagwort in aller Munde ist. Aber auch der Wegfall der Systemkonkurrenz mit dem früheren Ostblock ermutigt viele dazu, jetzt „Marktwirtschaft pur“ durchzusetzen. Beides hat die gesellschaftliche Realität wirklich verändert und das bedürfte einer differenzierten Betrachtung; beides wird aber auch genutzt, um die Gewichte des Sozialen im Interesse eines Wirtschaftsliberalismus zu verschieben, der das christliche Menschenbild im Kern berührt!

Es geht darum, ob wir es unwidersprochen hinnehmen, wenn Menschen heute – in unserer Republik und weltweit - vorrangig als Wirtschaftssubjekte gelten und unter rein wirtschaftlichen Aspekten und in allzu kurzfristigen Zeithorizonten betrachtet werden. Dann werden bis zu 20 % der erwerbsfähigen Bevölkerung in unserer Republik nicht mehr gebraucht werden, weil sie die Anforderungen der computergestützten und wissensbasierten Ökonomie nicht zu erfüllen in der Lage sind. Dann wird bis weit in die Mittelschichten hinein der Lebensstandard deutlich abgesenkt werden, weil Löhne und Gehälter fast widerstandslos gesenkt werden können. Dann wird der Staat immer mehr in einer Randrolle hineingedrängt werden, in der er immer weniger für die Förderung derer zuständig wäre, die sich nicht alles kaufen können.

Wir sehen das an der Tendenz, dass öffentliche Schwimmbäder und Bibliotheken geschlossen werden müssen oder Not leiden, dass Unterricht in Schulen allen voll-

mundigen Versprechungen zum Trotz ausfällt, dass Räume und Lehrmaterialien nicht ausreichend zur Verfügung stehen und die Infrastruktur der Schulen wie des öffentlichen Raumes immer weniger gepflegt und versorgt wird.

Wer sich das alles kaufen kann, scheint das vordergründig auch nicht zu brauchen. Wir alle aber brauchen sozialen Frieden, wir alle brauchen angesichts der ökologischen Herausforderungen und der Begrenztheit der Ressourcen auf unserem Planeten längerfristiges Denken als das von Quartal zu Quartal oder von Bilanzkonferenz zu Bilanzkonferenz.

Niemand hat für all diese Herausforderungen fertige Antworten, wir als Kirche auch nicht, in manchen Bereichen muss man sagen: Wir in der Kirche schon mal gar nicht. Aber dort, wo die Würde des Menschen sichtbar beschädigt wird, melden wir uns zu Wort. Dort, wo die Zeithorizonte der menschlichen Verantwortung so deutlich falsch vermessen werden, erinnern wir an die Weite menschlicher Verantwortung. Und wo Menschen von der Teilhabe und Teilnahme am Leben der Gesellschaft ausgeschlossen werden, weil sie den Ansprüchen der rasenden Wirtschaftsentwicklung nicht gerecht werden können, erinnern wir an die Gerechtigkeit Gottes, der uns ohne jede Leistung als Menschen und Geschöpfe in unserer Würde anerkennt. Das hat nicht zuletzt Martin Luther uns Evangelischen mit seiner Rechtfertigungslehre ins Stammbuch geschrieben.

Dieser Perspektive Gottes auf uns Menschen haben wir in wie auch immer gebrochener Art und Weise zu entsprechen. Als Kirche vor Ort müssen wir uns immer mehr auf die Konflikte in Gesellschaft und Arbeitswelt einlassen, die in unserer Region eine Rolle spielen. Als Gesamtkirche wie als einzelne Christinnen und Christen müssen wir vielleicht immer mehr lernen, dass wir eine aktive Rolle in der Gesellschaft zu spielen haben und Zeugnis abzulegen über die Hoffnung, die uns trägt. Nicht nur in freundlichem Gegenüber zum demokratischen Staat, sondern auch als Akteur in der Zivilgesellschaft sind wir danach gefragt, welche Auswirkungen es auf die Strukturen unseres gesellschaftlichen Miteinanders die Verheißung und Glaubensgewissheit hat, dass Gott uns an seiner Gerechtigkeit teilhaben lässt.

3. Kluft zwischen Armut und Reichtum – Verantwortung der Ressource Reichtum im Sozialstaat

Einen Aspekt unserer gesellschaftlichen Verantwortung sehen wir in der Verteilung von Armut und Reichtum und damit in der Verteilung von Lebenschancen. In dem „Wort zur wirtschaftlichen und sozialen Lage – Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ von 1997 schrieben die Kirchenleitungen der beiden großen Kirchen, dass auch Reichtum wieder ein Thema der politischen Debatte sein müsse, weil Umverteilung vielfach nur eine Umverteilung des Mangels sei und der Reichtum auf der anderen Seite geschont werde (Zif. 220 u.ö.). Aus dieser Wurzel und aufgrund von Anregungen aus der weltweiten Ökumene haben wir uns seit Jahren mit dieser Thematik beschäftigt.

Dabei ist uns wichtig: Ob Menschen reich sind oder nicht, interessiert uns zunächst als solches überhaupt nicht. Auch ist Reichtum für die Bibel nicht etwas grundsätzlich Kritikwürdiges, sondern es kommt darauf an, wie er entsteht und wie er verwendet wird. In ganz unbiblischen Worten bin ich neulich dem Spruch begegnet: „Reichtum ist wie Mist. Nur fein verteilt leistet er gute Dienste.“ Aber wie dem auch sein, wir betrachten Reichtum als eine Ressource der Entwicklung einer Gesellschaft. Der

Reichtum einer Gesellschaft kann dazu beitragen, dass alle Mitglieder dieser Gesellschaft an den Lebenschancen teilhaben können.

In der Kürze der Zeit will ich Ihnen dazu einige wenige Zahlen aus unserem Land vorlegen, die über den Zustand der Verteilung von Reichtum Auskunft geben.

Bevor ich Ihnen einige Zahlen zur Entwicklung in der Bundesrepublik vorführe, muss ich einige Anmerkungen zu den Begriffen „Armut“ und „Reichtum“ machen, weil ich immer wieder neu feststelle, dass klärungsbedürftig ist, worüber wir hier überhaupt sprechen.

1. Wir sprechen in diesem Zusammenhang von **materiellen Ressourcen**, nicht davon, dass auch arme Menschen in einem übertragenen Sinne „reich“ sein können und umgekehrt.
2. Armut und Reichtum sind immer **relative Begriffe**, es handelt sich immer um politisch und wissenschaftlich zu diskutierende Größen, die an gegriffenen Zahlen ausgerichtet werden. Selbst sog. „absolute Armut“ ist an gegriffenen Zahlen orientiert. Wenn wir in unserem Zusammenhang von Armut sprechen, reden wir von **relativer Armut**, also je nach Definition auf OECD- oder EU-Ebene von Haushalten, deren Einkommen weniger als 50% des gewichteten Durchschnittseinkommens beträgt.
3. Noch schwieriger ist die Frage zu beantworten, was denn **Reichtum** sei. Im Blick auf das Einkommen wird manchmal von einer Größe ausgegangen, die heißt: Reich an Einkommen ist ein Haushalt, der mehr als das Doppelte (> 200%) des gewichteten Durchschnittseinkommens einnimmt.
4. Im Blick auf Reichtum ist die Größe **„Vermögen“** interessanter, weil das Vermögen eine eher dauerhafte Größe gegenüber dem Einkommen ist und aus dem Vermögen wiederum selbst Einkommen erzielt wird. Für unsere Zwecke interessant ist vor allem die **Vermögensverteilung**. Hilfsweise und vorsichtig kann man davon ausgehen, das „reich“ ist, wer aus seinem Vermögen Einkommen erzielt, das der oben erwähnten 200%-Definition entspricht. Das war 1998 bei einem Vermögen von rund 1,2 – 1,5 Millionen DM (!) der Fall.
5. Aufschlussreich finde ich den in unserer Studie von 2002 („Reichtum und Armut als Herausforderung für kirchliches Handeln“) zitierten Satz des früheren Präsidenten der Bundesbank Karl Otto Pöhl, der Vermögen bis zwei Millionen DM als klein, bis 20 Millionen DM als mittel und von da ab als groß bezeichnet. Pöhl: „Jemanden, der fünf Millionen besitzt, würde ich als wohlhabend bezeichnen“.
6. Die **Datenlage** ist insgesamt unbefriedigend; für „Reichtum“ gilt das verstärkt, denn die Daten, die es gibt, werden nicht erhoben, um damit Armuts- oder gar Reichtumsberichte zu schreiben. Die relativ aufschlussreichsten Daten liefert die EVS, die turnusmäßig alle fünf Jahre durchgeführt wird. Sie erfasst bestimmte Haushalte nicht (etwa 100.000 bis 200.000) und unterschätzt – auch aus weiteren statistischen Gründen – die tatsächlichen Vermögensbestände. Insofern sind die Zahlen, die hier verwendet werden, eher vorsichtig und die wirkliche Vermögenskonzentration liegt höher.

Folien zu privatem Reichtum und öffentlicher Armut in der Bundesrepublik Deutschland

1. Die Vermögen sind sehr ungleich verteilt (Verteilung des Nettoprivatvermögens auf Dezile, Westdeutschland 1998).

Vermögen bieten anders als Einkommen relativ langfristige Sicherheit, sind selbst Einkommensquelle und zudem mit der Realisierung von Chancen (Macht) verbunden. Die Einnahmen aus Vermögen steigen mit ihrer Höhe und verschärfen die Ungleichheit. Die obersten beiden Dezile zusammen: 63,4 % des Nettoprivatvermögens. Die unteren 5 Dezile zusammen (= 50% der Haushalte): 4,5 % des Nettoprivatvermögens

2. Weitere Umverteilung 1993,1998, 2003

Die Umverteilung von unten nach oben hat sich verschärft

3. Rückläufige Steuerquote

Die in Deutschland vom Staat vereinnahmten Steuern sind so gering geworden, dass man von „öffentlicher Armut“ sprechen muss (Steuerquote unter 21 % des BIP). Die Verminderung der Einnahmen erlaubt es dem Staat immer weniger, seinen Aufgaben nachzukommen

4. Deutschland hat niedrigste Steuerquote der ‚alten‘ EU-Länder („EU-15“)

Deutschland ist kein „Hochsteuerland“ – im Gegenteil

5. Umkehrung der Steuerlast: Gewinne und Vermögen tragen immer weniger zur Finanzierung staatlicher Aufkommen bei

Innerhalb der Steuersystematik wurde der „Faktor Kapital“ immer mehr entlastet, der „Faktor Arbeit“ immer mehr belastet („Marsch in den Lohnsteuerstaat“).

4. Kirche in der Region – in Kontakt mit den lokalen und regionalen Herausforderungen Alternativen entwickeln.

Ich sprach eingangs davon, dass die gesellschaftliche Verantwortung der Kirche und der Christinnen und Christen auf verschiedenen Ebenen in unterschiedlicher Weise Gestalt gewinnt. Die Strukturreform in unserer Kirche wollte dazu beitragen, dass Kirche in der Region dies noch gezielter und bewusster tun kann als bisher.

Ich will daher zum Schluss ganz kurz nur einige wenige grundsätzliche Punkte benennen, denn „Kirche in der Region“ sind Sie hier im Dekanat Bad Schwalbach, nicht ich.

Ich meine, dass unsere Aufgabe vor allem in folgenden Bereichen Gestalt gewinnen kann:

- Als erstes gilt es, präsent zu sein. Wir ziehen uns nicht aus der Fläche zurück wie die Post oder die Bahn. Wir ziehen uns auch nicht zurück hinter Kirchenmauern.
- Gemeinde hört zu, nimmt wahr, begleitet
- Diakonie unterstützt und begleitet und macht Lobbyarbeit. Sie bildet auf diese Weise auch selbst Gemeinde, ist aber auch darauf angewiesen, dass Ortsgemeinden sich selbst als diakonische Gemeinden verstehen

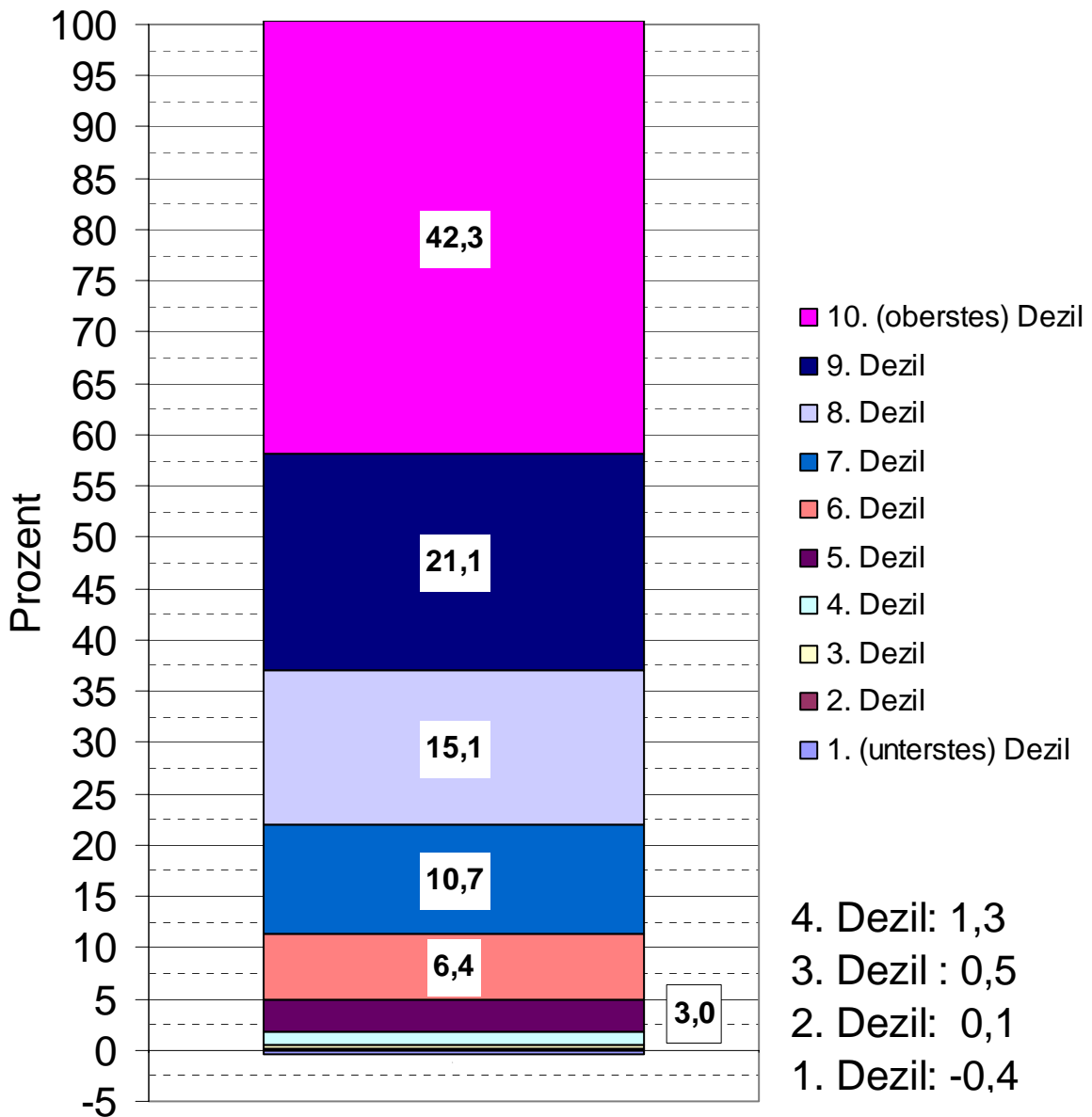
- Einzelne, Diakonie und Dekanat / Gemeinden nehmen die Herausforderungen von Menschen in der Welt an, die von Armut und ökologischen Katastrophen betroffen sind (Projekte); davon haben wir vorhin bei der Verleihung des Kronkreuzes etwas gehört.
- Bei den Menschen sein. Wir können die Menschen in ihrer Arbeitssituation in den Betrieben der Region bewusst wahrnehmen. Das sind die einfachen Kräfte in Produktion und Dienstleistung; unsere Zuwendung muss aber auch denen gelten, die auf verschiedenen Verantwortungsstufen bis hin zur Führungsebene schwierige Entscheidungen zu fällen haben.
- Schließlich geht es auch darum, drohende Arbeitslosigkeit z.B. in Kurkliniken oder in Umstrukturierungssituationen wie bei Passavant wahrzunehmen, die Betroffenen in solchen Trennungssituationen zu begleiten und ihnen ggf. Angebote von Seiten der Gemeinden, der Diakonie oder des Dekanates zu machen.

Wir würden dann nicht nur bei den Menschen sein, die uns brauchen. Wir würden vielleicht sogar Christus begegnen. Der Gründer der Mainzer Arbeitsstelle der Gossner Mission Horst Symanowski hat das vor Jahrzehnten sinngemäß so formuliert: „Wir brauchen nicht Christus zu den Menschen zu bringen. Christus ist immer schon da, bei den Menschen in ihren alltäglichen Kämpfen und Auseinandersetzungen, in ihrer Arbeit und in ihren Konflikten.“

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

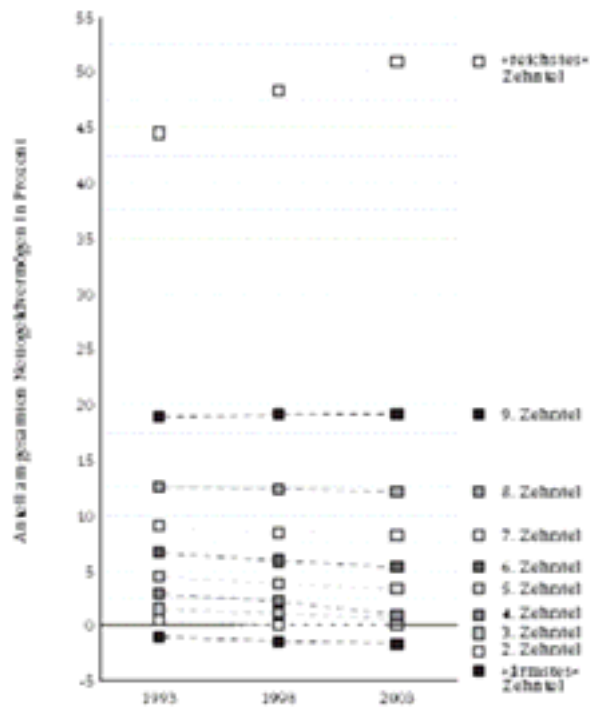
Schaubild 3: Die Vermögen sind sehr ungleich verteilt

Verteilung des Nettoprivatvermögens auf die Zehntel (Dezile) der nach Vermögen geordneten Haushalte, Westdeutschland, 1998



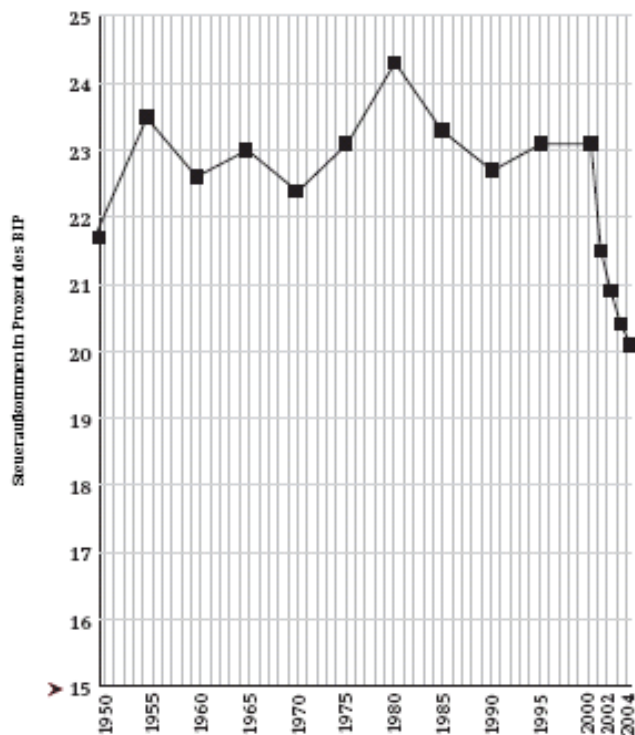
Quelle: Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (2001a), S. 55

VERTEILUNG DER NETTOGELDVERMÖGEN AUF DIE NACH VERMÖGEN GEORDNETEN ZEHNTEL DER HAUSEHALTE IN DEN ALTEN BUNDESLÄNDERN 1993, 1998 UND 2003



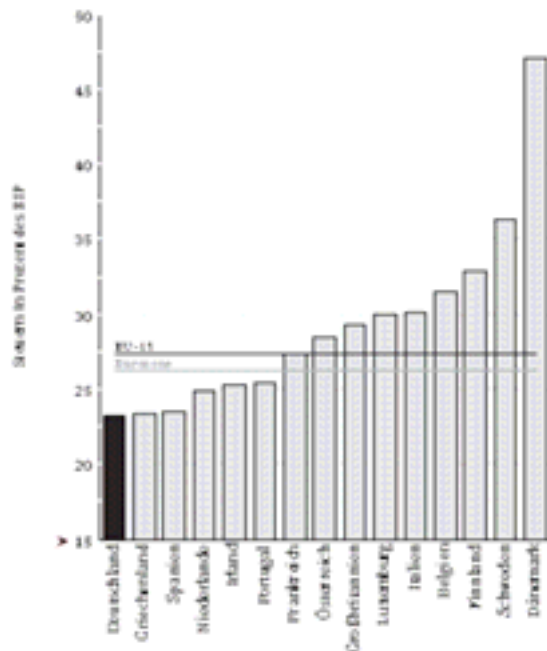
KASSENMÄSSIGES STEUERAUFKOMMEN IN PROZENT DES BRUTTOINLANDSPRODUKTES 1950 BIS 2004

Ab 1960: mit Saarland, ab 1995: Gesamtdeutschland



Deutschland hat die niedrigste Steuerquote der »alten« EU-Länder

STEUERN IN PROZENT DES BRUTTOINLANDSPRODUKTES 2003



Umkehrung der Steuerlast:
Gewinne und Vermögen tragen immer weniger zur Finanzierung staatlicher Aufkommen bei

DIE ANTEILE DER LOHNSTEUER UND DER GEWINN- UND VERMÖGENSTEUERN AM KASSENMÄSSIGEN STEUERAUFKOMMEN 1950 BIS 2004

